

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 1

Artikel: Die Systemfrage neu stellen
Autor: Spieler, Willy / Schnäppi, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390023>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Systemfrage neu stellen

Hans Schächpi gehört zu den radikalen Denkern innerhalb der gewerkschaftlichen und politischen Linken der Schweiz. Der gelernte Historiker war ursprünglich Lehrer am Realgymnasium Rämibühl in Zürich. Doch schon bald hat er sich der gewerkschaftlichen Arbeit zugewandt; er wurde Sekretär der Gewerkschaft «Chemie, Textil, Papier», später Vizepräsident der GBI (heute UNIA) und Leiter des Industrieressorts. Die letzten Jahre vor seiner Pensionierung 2004 war Schächpi nebst der Betreuung der Chemie-ArbeiterInnen auch für internationale Angelegenheiten tätig. Heute präsidiert er ehrenamtlich den «Solidaritätsfonds für Befreiungskämpfe in der Dritten Welt», genannt Solifonds, der 2008 sein 25-Jahre-Jubiläum feiern durfte. Das folgende Gespräch befasst sich mit den spezifischen Aufgaben des Solifonds, mit der Solidaritätsarbeit der hiesigen Gewerkschaften und den Rollenkonflikten eines internationalistisch handelnden Gewerkschaftssekretärs, aber auch mit der aktuellen Finanzkrise und der Suche nach einer demokratischen Systemalternative. Das Gespräch hat am 28. Oktober in der Wohnung von Hans Schächpi in Basel stattgefunden.

Solifonds – politisch und unabhängig
Willy Spieler: *Hans Schächpi, wir kennen uns seit den 1970er Jahren, als wir im Vorstand der SP Bezirk Meilen für mehr Sozialdemokratie an der Zürcher «Goldküste» kämpften. Du hast bald darauf deinen Beruf als Kantonsschullehrer an den Nagel gehängt, bist nach Basel gezogen und hast dort als Gewerkschaftssekretär gearbeitet. Seit deiner Pensionierung bist du unvermindert präsent in linken Medien und Bewegungen. Du präsidiert den Solifonds, zu dessen Jubiläum das Buch «Dieses kostbare Gut der Solidarität» erschienen ist (besprochen in NW 7-8/2008, 243). Warum braucht es neben den Hilfswerken, insbesondere neben dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk SAH, noch diesen Solifonds?*

Hans Schächpi: Es gibt zwei wichtige Unterschiede zu einem Hilfswerk: Der Solifonds macht kurzfristige Unterstützungen, zum Beispiel von Streiks, Protestmärschen oder Diskussionsforen in Ländern des Südens. Diese Solidaritätsaktionen können finanziell mehr oder weniger ins Gewicht fallen, sie müssen auf jeden Fall rasch in die Wege geleitet werden. Das SAH und die andern Hilfswerke unterstützen demgegenüber längerfristige Projekte. Der zweite Unterschied besteht darin, dass der Solifonds nur von Spendengeldern lebt und keinerlei staatliche Unterstützung erhält. Dafür sind wir politisch unabhängig und müssen keinerlei Rücksicht nehmen auf das DEZA oder die offizielle schweizerische Entwicklungspolitik.

Ihr könnt Bewegungen unterstützen, die zu unterstützen sich ein normales Hilfswerk – inklusive SAH – nicht erlauben dürfte.

Richtig. Natürlich ist das SAH auch ein politisches Hilfswerk, aber die kurzfristige Unterstützung von Basisbewegungen ist nicht seine Aufgabe.

Die erste Unterstützungsaktion des Solifonds galt Gewerkschaften in Südafrika.

Dadurch habe «der Solifonds die Ehre der Schweizer Gewerkschaften im Kampf gegen die Apartheid gerettet», lese ich in eurem Jubiläumsbuch. Ist diese Aussage symptomatisch für ein Defizit an Internationalismus in der schweizerischen Arbeiterbewegung?

Besonders deutlich war dieses Defizit in der Zeit der Hochkonjunktur, als die Gewerkschaften eingebunden waren in den nationalen Konsens, genannt «sozialer Friede». Es war die Zeit der zwei Systeme, des kommunistischen und des westlichen. Dadurch wurde die internationale Solidarität alles andere als erleichtert. Vor 1968 ist sie auf einen bescheidenen Restbestand geschrumpft. Es gab wohl immer internationale Organisationen, Kongresse und...

...Erst-Mai-Rhetorik...

(Lacht.) Ja, klar. Erst die 68er Bewegung hat hier etwas verändert. Leute, die wie ich von dieser Bewegung geprägt sind, haben sich dafür eingesetzt, dass die internationale Solidarität wieder eine Rolle spielte. Es sind damals auch neue Organisationen, Solidaritäts- und Drittwelt-Bewegungen entstanden. Auch der Solifonds ist ein Kind der 68er Bewegung.

Wiederkehr der internationalen Solidarität

Du gehörst zu jenen 68ern, die den «langen Marsch durch die Institutionen» angetreten haben und sich dabei erst noch treu geblieben sind. Das darf man wohl sagen.

(Lacht.) Ja, das darf man. Auch in den Gewerkschaften hat sich die internationale Solidaritätsarbeit verbessert. Das hat drei Gründe: Die neoliberale Politik hat Mühe, den Leuten plausibel zu machen, sie sässen mit dem Kapital im selben Boot. Wenn ich eine Chemiegewerkschaft in Rio besuche, haben die Beschäftigten dort genau dieselben Probleme wie diejenigen in der Schweiz. Die Aussage des ehemaligen Bundes-

kanzlers Schmidt, dass die Gewinne die Arbeitsplätze von morgen seien, hat sich als reichlich absurd erwiesen. Eine so begründete Lohnzurückhaltung wird kaum noch ernst genommen. Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus gab es zweitens neue Möglichkeiten der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit. Hinzu kommt heute drittens die Antiglobalisierungsbewegung.

Du bist regelmässiger Besucher der Weltsozialforen?

Abgesehen vom ersten Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre war ich immer da-

bei. Es ist eine hervorragende Möglichkeit, sich zu vernetzen, gemeinsam zu diskutieren und enger zusammenzuarbeiten. Und dabei geht es nicht nur um Solidaritätsarbeit; wir können von den Gewerkschaften in den Ländern des Südens eine Menge lernen.

Wir hören die Kritik, dass solche Diskussionsforen kaum politische Initiativen entwickeln können.

Für die Gewerkschaften ist die Vernetzung wichtig. Ich bin über die Welt-So-

Hans Schächli während des Interviews (Bilder: Willy Spieler).

zialforen zu wertvollen Kontakten gekommen, zum Beispiel zu Erdöl- und Nahrungsmittelgewerkschaften in Kolumbien. Angeregt durch diese Kontakte haben wir in Bern den Verein «MultiWatch» gegründet und eine öffentliche Anhörung, eine Art Volkstribunal zur Politik von Nestlé in Kolumbien durchgeführt.

Wer ist «wir»?

Das sind Vertreter von Solifonds, UNIA, Attac, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, von Hilfswerken und Kirchen. Als erstes haben wir uns mit Nestlé in Kolumbien befasst und auch immer GewerkschafterInnen aus Kolumbien eingeladen. Heute haben wir auch andere Schweizer Multis wie Glencor und Xstrata im Auge.

Wie ich dem Jubiläumsbuch weiter entnehme, war der Solifonds zur Gründungszeit von der Dependenztheorie geprägt. Nach dieser Theorie ist die dritte Welt nicht unterentwickelt, sondern unterdrückt. Was gilt heute noch von dieser Theorie? Ist sie so passé, wie einige im Sog des Neoliberalismus verkünden?

Die ist überhaupt nicht passé. Das Problem ist, dass sich die europäische Linke von dieser Vorstellung der 1970er Jahre verabschiedet hat und Mitte der 1990er Jahre unter der neoliberalen Hegemonie auf einem ideologischen Tiefpunkt an Orientierungslosigkeit und Beliebigkeit angelangt ist. Es ist für mich interessant zu sehen, wie sehr die Weltsozialforen eine andere Entwicklung in Lateinamerika widerspiegeln. Da wird noch immer von Kapitalismus und Imperialismus gesprochen. Ich habe dort einen SPD-Abgeordneten getroffen, den dieses Vokabular befremdete. Ja, in Lateinamerika besteht die dependenztheoretische Tradition fort. In Venezuela spricht man zwar vom «Sozialismus des 21. Jahrhunderts», aber dieser wurzelt stark in den Analysen und Konzepten der 1970er Jahre.

Gewerkschaftliche Zielkonflikte

Du warst gewerkschaftlich für die Arbeitenden in der chemischen Industrie tätig. Ich erinnere an deinen Auftritt an der Jahresversammlung 1997 in Basel kurz nach der Novartis-Fusion (NW 1997, 194f.), als es vor allem um die Erhaltung von Arbeitsplätzen ging. Gab es darüber hinaus nicht auch Zielkonflikte zwischen der Arbeitsplatzsicherheit und der Geschäftspolitik von Nestlé oder Novartis in der dritten Welt, z.B. im Patentwesen?

Selbst nach der erwähnten Anhörung hat Nestlé versucht, die Trägerschaft von Multiwatch auseinanderzuidividieren. Der UNIA hat Nestlé gedroht, keine Verträge mehr mit ihr abzuschliessen, wenn sie sich nicht von Multiwatch distanzieren. Ein solches Nachgeben konnte sich die UNIA natürlich nicht leisten. Aber auch vorher haben wir in der Gewerkschaft immer versucht, eine kritische Position zu entwickeln, die sich nicht einfach auf die Seite der Konzerne stellt. Darin haben wir uns von der deutschen IG Chemie unterschieden, die sich mit der Führung der Chemie-Multis identifiziert hat und gegenüber den Grünen auf Konfrontationskurs gegangen ist. Wir haben dafür aber auch bezahlt.

Inwiefern?

In den frühen 1990er Jahren war ich mit Alex Krauer, dem Chef der damaligen Ciba-Geigy, in einer Arbeitsgruppe der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Es ging um die Gentechnologie. Wir konnten uns bis zum Schluss nicht auf eine gemeinsame Linie einigen, da uns die gesundheitlichen Risiken dieser Technologie hoch schienen. Krauer hatte die «gutschweizerische» Art: Man diskutiert mit den Leuten, und wenn sie es dann immer noch nicht begriffen haben, werden Konsequenzen gezogen. 1996 hat er uns bei den Vertragsverhandlungen unsere kritische Haltung heimgezahlt.

Wie das?

Im Chemievertrag waren überbetriebliche Lohnverhandlungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband vorgesehen. Altes Anliegen des Arbeitgeberverbandes war jedoch ein Modell wie in der Maschinenindustrie. Nach diesem Modell wird zunächst mit den Betriebskommissionen verhandelt. Kommt es zu keiner Einigung, gehen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften weiter. Führt diese zweite Stufe zu keinem Ziel, gibt es ein Schiedsgericht. Wir haben uns gegen dieses Modell gewehrt. 1996 wurde es uns jedoch in einer sehr schwierigen Situation aufgezwungen. Krauer war derjenige, der von allen Arbeitgebern in der Chemie am wenigsten Kompromissbereitschaft zeigte.

Es gibt nicht zufällig einen «Basler Appell gegen die Gentechnologie». Wie habt ihr euch zu dieser Gruppe gestellt?

Wir haben immer wieder Leute vom Basler Appell als Referentinnen oder Referenten eingeladen. Es ging uns um die Entwicklung einer eigenständigen gewerkschaftlichen Position in diesen Fragen vom Patentschutz bzw. der Monopolisierung der Arzneimittel in der Dritten Welt bis zum Sondermülllofen oder dem Biotechnikum, das gebaut werden sollte.

Von der Finanzkrise zur Systemfrage

Du hast aus deiner marxistischen Grundüberzeugung nie ein Hehl gemacht. Im WIDERSPRUCH 52 (1. Halbjahr 2007) hast du zusammen mit Willi Eberle eine stringente Klassenanalyse vorgelegt, die anhand der Vermögensstatistik die zunehmende ökonomische Ungleichheit in der Schweiz aufzeigt. Stabilisiert werde diese Klassenstruktur vor allem durch die «international führende Stellung der Finanzindustrie, die weltweit mehr als die Hälfte der privaten Vermögen verwaltet». Da sind wir mitten drin in der Frage, was die seitherige Entwicklung unter dem Stichwort «Finanzkrise» für die «Schweiz im

imperialistischen System» – um eure Worte zu zitieren – und insbesondere für die Lohnabhängigen in diesem Land bedeutet.

Es ist nicht nur eine Krise der Finanzwirtschaft, sondern immer mehr auch eine der Realwirtschaft. Dieses Ende des USA-zentrierten neoliberalen Finanzkapitalismus wird gerade auch für die Schweiz mit ihrem überdimensionierten Finanzsektor einen schwierigen Prozess auslösen. Nicht nur die USA, sondern auch die europäischen Länder werden ihre Vorrechte einbüßen, zum Beispiel Gewinntransfermöglichkeiten, die sie bis jetzt hatten. Wenn das Bruttonationalprodukt zwölf Prozent grösser ist als das Bruttoinlandprodukt, dann ist das nur mit einem gigantischen Gewinntransfer in die Schweiz zu erklären. Umso wichtiger ist es, dass die Linke hier die richtigen Antworten gibt.

Wenn die fragliche Hegemonie in die Brüche geht, ist das ja auch eine Chance. Nur müsste die Linke diese Chance packen.

Das ist richtig; es könnte ja auch die entgegengesetzte Entwicklung eintreten, aus der die Rechte gestärkt hervorginge. Demokratieabbau, Ausnahmeregime usw. wären die Folgen.

Wenn ich mir die Linke anschau, habe ich den Eindruck, dass der Kaiser nackt, die Linke nicht viel mehr als eine Reparaturkolonne für den Kapitalismus ist.

Hilft die Linke den Kapitalismus retten, dann um den Preis, dass die Kosten der Krise auf die breite Bevölkerung überwälzt werden. In einer derart tiefen Krise stellt sich daher die Systemfrage. Die Linke müsste Forderungen auf drei Achsen entwickeln: auf der ersten Achse müssten die Umverteilungen rückgängig gemacht werden: durch existenzsichernde Mindestlöhne und existenzsichernde Renten, etwa durch den Einbau der zweiten Säule in die AHV unter Gewährung des Besitzstandes, sowie

durch ein gerechteres Steuersystem in welchem Gewinneinkommen und grosse Vermögen besteuert und niedere Einkommen entlastet werden. Eine weitere Stossrichtung wäre eine demokratische Kontrolle des Kreditbereichs, damit Gelder nicht verspekuliert, sondern sinnvoll investiert werden, zum Beispiel in den Ausbau des Service Public und in

den ökologischen Umbau der Schweiz. Das geht aber nicht ohne eine Verstaatlichung der Grossbanken, auch nicht ohne die demokratische Kontrolle der Nationalbank und ihrer Politik. Die dritte Achse betrifft die internationale Ebene, von Kapitalverkehrskontrollen bis zur Wiederherstellung von mehr Souveränität der Nationalstaaten, was Walden Bello die «Deglobalisierung» nennt. Sie schliesst die regionale Integration in Europa oder auf dem lateinamerikanischen Kontinent nicht aus, sondern ein.

Wirtschaftsdemokratie als Alternative

Im neusten Denknetz-Jahrbuch hast du die berechtigte Frage gestellt, warum eigentlich die Demokratie bei uns limitiert, d.h. auf die staatliche Ebene beschränkt sei. Du siehst die Ursache dieser limitierten Demokratie im Privateigentum an den Produktionsmitteln, das in Zeiten des Neoliberalismus seine «volle Souveränität» über die Wirtschaft beanspruche. Deine Alternative heisst «Wirtschaftsdemokratie». Was verstehst Du darunter?

Zentral für diese Alternative ist eine demokratisch kontrollierte Lenkung der Investitionen. Es ist paradox, dass die Nationalbank die faulen Kredite der UBS übernehmen muss, ohne dass jemand gefragt wird, der dazu demokratisch legitimiert wäre. Das ist der Gipfel der Entdemokratisierung, wenn gerade die wichtigsten Entscheide der Demokratie entzogen bleiben.

Wenn die Banken nach deinen Vorstellungen verstaatlicht sind, welche Instanz soll dann intervenieren können, das Parlament oder ein Wirtschafts- und Sozialrat?

Ein Wirtschafts- und Sozialrat oder auch ein Zukunftsrat wären wirksame Instrumente, die zu einer Wirtschaftsdemokratie gehörten. Sie müssten vom Volk oder vom Parlament gewählt werden. Ohne freilich die Eigentumsfrage zu stellen, gibt es keine politischen Investitionsentscheidungen und ist somit eine wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft nicht möglich. Das heisst nicht, dass jeder Betrieb verstaatlicht werden müsste. Aber ohne Verstaatlichung beispielsweise der Grossbanken als eines wichtigen Teils des Kreditsektors geht es nicht. Auch der Pharmabereich müsste öffentlich-rechtlich geregelt werden, wenn man den Widerspruch zwischen der Profitmaximierung und der allgemeinen Gesundheitsversorgung mit Arzneimitteln aufheben will.

Das Modell Venezuela

Die Linke hat sich das Denken in solchen Alternativen weitgehend abgewöhnt.

Es macht einen Unterschied, ob sie aus Widerstand hervorgehen, getragen von sozialen Bewegungen, oder ob sie abstrakt bleiben. In einem Staat wie Venezuela hat es 1989 einen Volksaufstand gegen die durch die neoliberale Politik verursachte Verelendung gegeben, es haben sich soziale Bewegungen gebildet, in den Städten sind Räte entstanden, die damit begonnen haben, die Quartiere zu organisieren. Das war nicht eine Idee von Chavez, sondern ist aus der Selbstorganisation des Widerstandes hervorgegangen. Gegen den Putschversuch 2001 und den Erdölstreik haben sich die Leute auch in den Betrieben organisiert und demokratische Strukturen aufgebaut.

Wirtschaftsdemokratie wird wohl nur funktionieren, wenn sie auch in Betrieben und Unternehmungen praktiziert werden kann – von der Mitbestimmung bis zur Selbstverwaltung. Gerade in Venezuela spielt die Selbstverwaltung wieder eine erhebliche Rolle.

Das gehört zu einem Konzept der Wirtschaftsdemokratie unbedingt dazu. Aber solche Modelle müssen erkämpft werden. Wenn sie von oben eingeführt werden, sind sie mit Kompromissen behaftet. Die Mitbestimmung in Deutschland zum Beispiel bindet die Arbeitenden ein, ihre VertreterInnen in den Aufsichtsräten unterliegen einer Stillehalte- und Schweigepflicht, das Modell ist denn auch korruptionsanfällig. Solche Strukturen müssen im Zusammenhang mit sozialen Kämpfen entstehen.

Das Grundproblem wird sein, Mikroebene und Makroebene so miteinander zu verbinden, dass Selbstverwaltung nicht in Betriebsegoismus übergeht, und dass andererseits die politischen Instanzen nicht zuviel entscheiden, so dass die Demokratie in Betrieben und Unternehmungen

nicht mehr funktionieren kann. Man hört, dass in Venezuela die staatlichen Funktionäre sich immer noch viel zu sehr in die Betriebe einmischten.

Venezuela ist ein «Erdölrentenstaat». Früher hatte die Oligarchie sich am Erdöl bereichert, sei es durch Positionen in der Erdölindustrie, sei es durch Positionen im Staatsapparat. Dieser ist mit zehn Prozent aller Beschäftigten noch immer völlig überdimensioniert. Wenn du die Oligarchie nicht in ein Fussballstadion einsperren, sondern einen friedlichen und graduellen Übergang zum Sozialismus durchsetzen willst, dann bist du mit dem alten, teilweise immer noch korrupten Staatsapparat konfrontiert. Bei Chavez geht mir die Kompromissbereitschaft fast zu weit. Es kommt bei ihm auch noch das christliche Element hinzu, dass er seinen Feinden vergeben will. Das hat sich besonders deutlich nach dem Putsch gegen ihn gezeigt. Von meiner Biographie her ist mir dieser Wille zur Versöhnung eher fremd, aber ich sage das nicht ohne grosse Hochachtung. Der venezolanische Sozialismus fasziniert mich, er bewegt sich trotz allen Schwierigkeiten kontinuierlich in die richtige Richtung. Das Modell Venezuela hat eine neue Qualität. Ich reise im November wieder in dieses Land.

● *hans.schaepi@
magnet.ch*